



CLODAGH KILCOYNE/REUTERS

Die britische Herrschaft abzuschütteln, bleibt der Wunsch der Republikaner in Nordirland. Das Brexit-Chaos nährt Hoffnungen auf eine irische Wiedervereinigung

**D**as erste Mal besuchte ich Belfast im Sommer 1991. Ich nahm den Bus von Dublin. Ich hatte gerade die Schule abgeschlossen, war politisch engagiert und fühlte mich gut vorbereitet. Das war ich aber nicht. Die Straßensperren, die Panzer der britischen Armee und die Soldaten mit Maschinengewehren im Anschlag verunsicherten mich mehr als erwartet. Ich fuhr noch am selben Abend wieder nach Dublin zurück. Als der Bus die Grenze überquerte, wies mich ein Mitreisender im Flüsterton darauf hin, dass in Nordirland keine Demokratie herrsche. Auf den Wohnblöcken, die wir passierten, prangte in riesigen Buchstaben der Schriftzug IRA.

Im Sommer 1996 war ich das zweite Mal in Belfast. Dieses Mal blieb ich einen Monat lang. Ich wohnte bei einem Freund aus der Republik Irland, den ich ein paar Jahre zuvor in den USA ken-

## Die Hoffnung lebt

Zwanzig Jahre nach dem Karfreitagsabkommen ist die Lage in Nordirland längst nicht entspannt. **Von Gabriel Kuhn**

nngelernt hatte. Das Stadtbild hatte sich dramatisch verändert. Nachdem die IRA 1994 einen Waffenstillstand verkündet hatte, waren die Straßensperren, Panzer und Soldaten verschwunden. Belfast wirkte fast wie eine gewöhnliche Stadt. Im Süden, rund um die Universität, wo mein Freund wohnte, löste sich sogar die strenge Trennung auf, die Wohnviertel in weiten Teilen der Stadt bis heute kennzeichnet: im Westen die Katholiken, im Osten die Protestanten und im Norden ein kompliziertes Netzwerk von Enkla-

ven, die Kinder zu langen Umwegen auf dem Schulweg zwingen. Im Stadtzentrum wurde tagsüber gearbeitet, abends war es ausgestorben. Gerade hatte wieder ein Kino aufgemacht. Während des Bürgerkriegs fiel es niemandem ein, abends woanders als ins vertraute Pub um die Ecke zu gehen.

### Blutige Vorgeschichte

Die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen Nordirlands reichen weit zurück. Bis heute feiern Protestanten siegreiche Schlachten des 17. Jahrhunderts, die es ihren Vorfahren erlaubten, sich in Irland niederzulassen. Als die Republik Irland 1921 ihre Unabhängigkeit erklärte, verblieben sechs von 32 Grafschaften im Nordosten der Insel unter britischer Verwaltung. Protestanten waren mit vielerlei Privilegien ausgestattet, und Spannungen zwischen Nationalisten, die auf eine Vereinigung mit der Republik drängten, und Loyalisten, die der britischen Union ihre Treue schworen, prägten das Land. 1968 begann in der mehrheitlich von Katholiken bewohnten Stadt Derry (von Loyalisten stets nur Londonderry genannt), Nordirlands zweitgrößter Stadt, eine Bürgerrechtsbewegung, die einige Erfolge feierte. Am bedeutendsten war die Reform des Wahlrechts. Bis Ende der 1960er Jahre waren viele Katholiken von der Stimmabgabe ausgeschlossen. Als die britische Armee jedoch bei einer Demonstration am 30. Januar 1972, besser bekannt als »Bloody Sunday«, das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten eröff-

nete und 14 von ihnen tötete, war die Zeit des lediglich zivilen Ungehorsams vorbei. Nordirland wurde von einer Gewaltspirale erfasst, die bis 1998 beinahe 4.000 Menschen das Leben kostete.

1998 unterzeichneten mehrere Parteien das Karfreitagsabkommen. Paramilitärische Gruppen erklärten sich bereit, die Waffen niederzulegen, die britische Regierung versprach, Truppen abzuziehen, und die irische Regierung erkannte Nordirland offiziell als Teil des Vereinigten Königreichs an. Ein zukünftiges Referendum über den Status des Landes wurde in Aussicht gestellt, sollte die Mehrheit der Bevölkerung ein solches wünschen. Außerdem sah das Abkommen vor, die Macht im nordirischen Parlament zwischen Protestanten und Katholiken zu teilen.

Vertreter von Parteien, die einst paramilitärische Organisationen repräsentierten, strengten sich nun an, als respektable Demokraten zu erscheinen. Das galt für Sinn Féin, den »politischen Arm« der IRA, ebenso wie für die Democratic Unionist Party (DUP), die 1971 als Kampforgang gegen die Bürgerrechtsbewegung gegründet wurde. Obwohl sich vereinzelt Splittergruppen auf beiden Seiten nicht an das Abkommen hielten, fand der Bürgerkrieg sein Ende.

### Nationale Frage

Im Oktober 2018 war ich wieder in Belfast. Seit 1996 habe ich die Stadt in regelmäßigen Abständen besucht. Dieses Mal wurde ich zur Anarchistischen Buchmes-

ANZEIGE

## Krankenhaus in Havanna braucht unsere Hilfe!

In der Intensivstation der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ in Havanna werden Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt. Aufgrund der US-Blockade ist es für Kuba sehr schwierig, vor allem hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen.

**Cuba Sí will helfen.** Wir möchten Medizintechnik sowie medizinisches Verbrauchsmaterial nach Kuba schicken. **Dafür brauchen wir Eure Unterstützung!**

**Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!**

*Cuba Sí*

Spendenkonto beim Parteivorstand  
DIE LINKE/Cuba Sí: Berliner Sparkasse,  
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,  
BIC: BELA3333. Bitte als Verwendungszweck  
angeben: „Kuba muss überleben“.

AG in der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: (030) 24 009-455, -456  
E-Mail: berlin@cuba-si.org  
Internet: www.cuba-si.org

se eingeladen. Die Veranstalter wollen dieser ein deutlich nichtsektierisches Profil geben. Damit sind scheinbar nicht nur religiöse Zuordnungen gemeint. So sprach nach mir ein Trotzist. Das Thema meines Vortrags durfte ich selbst wählen. Ich schlug »Anarchism and Antiimperialism« vor. Daraufhin meinten die Veranstalter: »Das ist in Ordnung. Aber du weißt, dass das hier Nordirland ist?«

Der Vortrag verlief ohne Zwischenfälle. Letztlich war das in diesem Milieu jedoch zu erwarten. Zwar werben auf der Buchmesse junge Leute mit Tattoos und Piercings für die Unterstützung republikanischer Gefangener, Nationalflaggen jedweder Couleur sind jedoch verpönt. Mein Versuch einer kritisch-solidarischen Annäherung an das Konzept nationaler Befreiung findet Anklang. Ein Rundumschlag gegen alles Nationale ergibt wenig Sinn. Mark\* besucht die Buchmesse seit vielen Jahren. Mit seinem Kurzhaarschnitt und den sportlichen Klamotten würde er auch unter linken Fußballfans eine gute Figur machen. Er erklärt: »Letztlich wirst du hier immer von der nationalen Frage eingeholt, wie sehr du sie auch vermeiden willst.« Das erfordert Positionierung, auch wenn eine solche nicht immer einfach ist. Doch der Rückzug auf moralische Prinzipien allein macht die eigene Haltung politisch schnell belanglos. Eine anarchistische Spezialität.

Mit Antifa-Aktivisten, die ihre Namen nicht gern in der Zeitung lesen, spreche ich über aktuelle Versuche, eine breite antifaschistische Bewegung aufzubauen. Extrem rechte Organisationen aus Großbritannien versuchen, inmitten der »Brexit«-Diskussionen auch in Nordirland Fuß zu fassen. Zu Halloween tauchten junge Männer in Roben des rassistischen Ku-Klux-Klans vor Moscheen auf. Die Jungs, mit denen ich spreche, zeigen sich besorgt über den starken republikanischen Einfluss auf die Antifa-Bewegung: »Da kommen Leute mit irischen Fahnen an. Auf der anderen Seite wehen die Union Jacks. Das gibt ein furchtbares Bild ab. Es ist der gleiche Scheiß wie früher.«

Kein Problem mit irischen Fahnen haben linke Gruppen, die sich in der Tradition des militanten republikanischen Widerstands sehen. Dazu gehören Sinn-Féin-Abspaltungen des späten 20. Jahrhunderts wie die Irish Republican Socialist Party (IRSP) und das 32 County Sovereignty Movement (32CSM), aber auch Organisationen, die sich erst nach der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens bildeten, etwa Éirígí oder Saoradh. Wenn sie zu Wahlen antreten, erzielen diese Gruppen äußerst bescheidene Ergebnisse, doch üben sie in republikanischen Arbeitervierteln weiterhin Einfluss aus.

Der IRSP und dem 32CSM wird nachgesagt, immer noch Beziehungen zu paramilitärischen Gruppen zu pflegen. Es ist schwierig, das zu beweisen. Dass sich die Organisationen nach wie vor gern in der Rolle von Bürgerwehren sehen, belegen Poster mit deutlichen Ansagen. Entlang der »Internationalist Wall« in der Falls Road, im Zentrum des katholischen Westbelfast, finden sich die zu erwartenden Solidaritätserklärungen mit Palästina und Kurdistan. Nur die Wandmalerei, die einen unabhängigen Tamilenstaat im Norden und Osten Sri Lankas fordert, wirkt etwas antiquiert. Zwischen diesen Huldigungen findet sich auch ein IRSP-Poster, das Touristen vor Taschendieben warnt, um sich dann direkt an die Verdächtigen zu wenden: »Respektiert dieses Viertel und seine Besucher. Hört auf!«

Dass Paramilitärs und vermeintlich oder tatsächlich mit ihnen verbundene Organisationen in republikanischen Vierteln nach wie vor etwas zu sagen haben, bestätigt ein Gespräch mit Paul\*, einem freundlichen Bewohner des Bogside-Berzirks von Derry, einem historischen Zentrum des republikanischen Widerstands.



CLODAGH HILCOYNE/REUTERS

Paul ist 60 und erlebte die Bürgerrechtsbewegung und den folgenden Bürgerkrieg aus nächster Nähe. Als wir an einem Schild vorbeikommen, das einen Polizisten im Fadenkreuz eines Zielfernrohrs zeigt, meint er: »Eigentlich sollte das weg. Wir haben heute eine andere Polizei.« Auf meine Frage, wer die Entscheidung treffen könne, ein solches Schild zu entfernen, antwortet er mit einem Achselzucken: »Also ich würde es nicht tun. Und dir würde ich es auch nicht empfehlen.«

### Geteilte Stadt

Derry symbolisiert den Nordirlandkonflikt wie kein anderer Ort, Belfast eingeschlossen. Hier lag der katholische Bevölkerungsanteil nie unter 75 Prozent, doch die Katholiken wurden jahrhundertlang von einer protestantischen Minderheit regiert, die im 17. Jahrhundert eine Mauer um die Innenstadt zog. Dass man 1689 einer beinahe viermonatigen Belagerung durch die katholischen Truppen des gestürzten Königs Jakob II. standhielt, wird bis heute gefeiert.

Im Zuge des Bürgerkriegs teilte sich die Stadt am Ende des 20. Jahrhunderts beinahe vollständig. Praktisch alle Protestanten zogen auf die andere Seite des Flusses Foyle. In der Innenstadt gibt es noch genau eine protestantische Enklave. Sie ist unmöglich zu übersehen. Union Jacks wehen von Fahnenstangen, und die Gehsteigkanten sind rot-weiß-blau lackiert. Auf einer Hausmauer findet sich die Aufschrift: »Londonderry immer noch unter Belagerung. Wir geben niemals auf!«

Trotz des relativen sozialen Friedens kann von einer Entspannung in Nordirland nicht die Rede sein. Es ist unmöglich, eine Tageszeitung aufzuschlagen, ohne über vergangene Attentate, anhaltende Gerichtsverfahren oder neue Verhaftungen zu lesen. Im Moment ist die Lage besonders angespannt.

Daran ist zunächst die Regierungskrise schuld. Das nordirische Parlament ist seit über einem Jahr nicht beschlussfähig. Sinn Féin verweigert die Zusammenarbeit mit ihrem Koalitionspartner, der DUP. Seit der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens – das die DUP als eine der wenigen Parteien Nordirlands nicht unterstützte – haben die ehemals als radikal geltenden politischen Parteien ihre moderaten Gegenspieler überflügelt.

Die republikanische Social Democratic and Labour Party und die loyalistische Ulster Unionist Party haben an Bedeutung verloren. Kritiker machen dafür das im Karfreitagsabkommen vorgesehene »Cross-community vote« verantwortlich. Diese soll sicherstellen, dass jede wichtige parlamentarische Entscheidung sowohl von Republikanern als auch von Loyalisten getragen wird. Das zementiert in den Augen der Kritiker jedoch das Sektiererum. Anstatt das Land gemeinsam zu entwickeln, herrsche im Parlament ein Konkurrenzkampf zwischen zwei Bevölkerungsgruppen.

Dazu kommt das Problem mit dem Brexit. Eine Rückkehr zu inneririschen Grenzkontrollen birgt alle möglichen Gefahren in sich. Niemand, quer durch alle politischen Lager, will eine »harte Grenze«. Die einzige Alternative ist jedoch die Verschiebung der Grenze zur Irischen See zwischen Nordirland und Großbritannien. Das wiederum ist für Loyalisten ein Ding der Unmöglichkeit. Jede Sonderregelung, die Nordirland vom Rest des Vereinigten Königreichs trennt, ist für sie Verrat.

Republikaner hoffen, dass das Brexit-Chaos die Wiedervereinigung Irlands wieder aufs Tapet bringt und diese auch über traditionelle republikanische Grenzen hinaus erstrebenswert macht. Wäh-

rend Sinn Féin sich mittlerweile ganz dem Rahmen der EU verpflichtet, sprechen kleinere – und radikalere – linke Organisationen von einem sozialistischen Irland, das weder von Westminster noch von Brüssel bevormundet wird. Dazu gehören die Trotzisten der Socialist Party und des Bündnisses »People Before Profit« genauso wie die Mitglieder der Workers' Party, deren Geschichte auf die Spaltung der IRA Anfang der 1970er Jahre zurückgeht. Die Workers' Party wurde zur politischen Organisation der marxistisch orientierten »Official IRA«. Interne Auseinandersetzungen und Abspaltungen bedeuteten Anfang der 2000er Jahre beinahe das Ende der Partei, doch in jüngsten Jahren hat ihr eine neue Generation junger Marxisten wieder Leben eingehaucht.

An Optimismus mangelt es dem linken Lager nicht. Ein Mitglied von »People Before Profit«, das ich vor meiner Abreise in Belfast treffe, fasst die Lage so zusammen: »Alle reden über den politischen Rechtsruck. Aber was wir sehen, ist in erster Linie eine Polarisierung. Die Menschen sind des herrschenden Systems müde. Noch sind uns die Rechten strategisch voraus. Aber eine neue Linke ist im Kommen.«

\* Namen von der Redaktion geändert

**Schwer gerüstete Polizeikräfte halten nationalistische Demonstranten gegen die Parade der Oranier in Schach (Belfast, 12.7.2016)**

**Anhänger des ultra-rechten Oranier-Ordens an einer Polizeisperre am proirischen Belfast Viertel Ardoyne. Bei den traditionellen Märschen der Ordensmänner kommt es häufig zu Krawallen (Belfast, 12.7.2014)**



CATHAL MCCAUGHTON/REUTERS